DIE LINKE.

Wahlprüfstein DIE LINKE

FRAUEN POLITISCHER RAT LAND BRANDENBURG e. V.
Heinrich-Mann-Allee 7
14473 Potsdam

Als Zusammenschluss von derzeit 24 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg will der Frauen Politische Rat Brandenburg den Vertreterinnen unserer Mitgliedsorganisationen die Gelegenheit geben, sich über die frauen- und gleichstellungspolitischen Positionen und Zielsetzungen der Brandenburger Kandidatinnen und Kandidaten zu informieren.

Frauen- und gleichstellungspolitische Positionen der Partei DIE LINKE

1. Welche gleichstellungspolitischen Handlungsfelder sehen Sie für die Zukunft?

Zunächst stelle ich mit Bedauern fest, dass Geschlechtergleichstellungspolitik seit der vergangenen EU-Erweiterung deutlich an Durchsetzungsfähigkeit und Dynamik verloren hat. Und dies, obwohl die Gleichstellungspolitik auf der Ebene der Europäischen Union mittlerweile ein fest verankertes Politikfeld ist, das durch eine zunehmende Institutionalisierung gekennzeichnet ist. Auch eine zunehmende Konzentration auf Antidiskriminierungspolitik ist deutlich bemerkbar, was zu Lasten bisheriger Gleichstellungspolitik zu gehen droht.

DIE LINKE betrachtet die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche in der EU und tritt für die garantierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ein. Als besonders wichtige Handlungsfelder sehe ich für die Europäische Linke dabei die folgenden Themen:

- Die europaweite Einführung flächendeckender gesetzlicher Mindestlöhne im jeweiligen Mitgliedsstaat, um damit die prekäre Beschäftigung und den Skandal der Armut trotz Arbeit zu beseitigen, von dem Frauen auch in Europa in besonderem Maße betroffen sind,
- Beseitigung der Lohndiskriminierung von Frauen in den Mitgliedsstaaten der EU,
- Bekämpfung der Armut von Frauen, besonders der Altersarmut,
- Bekämpfung von Mehrfachdiskriminierung vor allem von Migrantinnen,
- bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer,
- stärkere Berücksichtigung der Geschlechterdimension im Gesundheitswesen,
- geschlechtsspezifische Analysen der Finanz- und Handelspolitik,

- verstärkte Investitionen in den öffentlichen Sektor, damit dessen Aufgaben nicht länger im Ergebnis von Privatisierungen unbezahlt (und vor allem durch Frauen) geleistet werden muss,
- Regeln für Gleichstellung innerhalb der WTO und anderer internationaler Finanzinstitutionen,
- eine europäische Regelung, die das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung über ihren Körper, auf unentgeltliche Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung im Rahmen des öffentlichen Gesundheitswesens garantiert und
- ebenso eine europäische Regelung, die Gewalt auf geschlechtlicher Grundlage zum Verbrechen erklärt.
- die umfassende Anerkennung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung und der Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität als Asylgrund, sowie
- die verbindlichere Gestaltung der Gleichstellung der Geschlechter in der europäischen Wissenschaft.

2. Was ist Ihr persönlicher und politischer Beitrag zur Förderung der Geschlechterdemokratie in Europa?

Als Mitglied des Europaparlaments werde ich mich konkret für drei Schwerpunkte zur Förderung der Geschlechterdemokratie einsetzen, nämlich dafür:

1. dass die vorhandenen Programme zur Gleichstellungspolitik durch entsprechende finanzielle Mittel untersetzt werden,
2. dass durch europaweite gesetzliche Mindestlöhne die Situation der prekär Beschäftigten – vor allem Frauen – verbessert wird und künftig niemand mehr arm trotz Arbeit sein muss,
3. dass durch eine Individualisierung der Steuer- und Vergünstigungssysteme in der EU die patriarchalen Rollenbilder des Mannes als Ernährer der Familie und der Frau als Hausfrau und Mutter endlich ad acta gelegt werden wird.

3. Welche aktuellen Herausforderungen sehen Sie, um die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Mädchen und Frauen insbesondere im Bereich eigenständige Existenzsicherung abzubauen?

Besonders im Bereich der eigenständigen Existenzsicherung ist die europäische Gleichstellungspolitik bisher an vielen Stellen ein Lippenbekenntnis geblieben und bedarf einer nachhaltigen Umsetzung. Dazu gehören konkret:

- Die Differenzierung und Konkretisierung des Lissabon-Ziels von 60% Frauen-Beschäftigungsquote an Hand der verschiedenen Wirtschaftszweige,
- verbindliche europaweite Vorgaben für die Quotierung in der Privatwirtschaft, damit Frauen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten,
- der Abbau der geschlechtsspezifischen Segregation auf dem Arbeitsmarkt und die Beseitigung der direkten und indirekten Ursachen des geschlechtsspezifischen Lohngefälles,
- die Verbesserung des Zugangs von Frauen zu Kinderbetreuung und Betreuungsangeboten für abhängige Personen bzw. Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Förderung von Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Frauen und
- die stärkere Förderung von Frauen als Selbständige und Unternehmerinnen in den spezifischen Programmen „Programm für unternehmerische Initiative und Innovation“, „Programm zur Unterstützung der IKT-Politik“ und „Programm Intelligente Energie – Europa“.